

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die Legehauptseite Neisseite oder deren Raum 35 Pfg., Neben- und Wohnanzeigen 25 Pfg., amwärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 10.

Sonnabend, den 12. Januar 1918.

25. Jahrg.

Der Verständigungsfrieden und die künftigen deutsch-russischen Beziehungen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat seit Kriegsbeginn einen Frieden ohne Annexionen gefordert. Sie wurde deshalb von allen Reaktionen mit steigender Wut bekämpft. Als die deutsch-russischen Friedensverhandlungen an der Jahreswende 1918 vorläufig unterbrochen wurden, weil die derzeitigen russischen Staatsleiter in den amtlichen deutschen Auffassungen über die geplante Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in den besetzten Grenzgebieten den Wunsch nach verheerenden Annexionen erblickten, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer Erklärung vom 6. Januar 1918 unzweideutig erklärt, „daß sie jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechtes zum Zwecke verheerender Annexionen mit Entschiedenheit entgegenzutreten werde.“ Mit dieser Erklärung hat die sozialdemokratische Fraktion den breiten Massen in Stadt und Land aus dem Herzen gesprochen, die seit dem Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen im Osten erleichtert aufatmet hatten, weil sich endlich ein Hoffnungsschimmer auf die Beendigung des Völkermordens gezeigt hatte, und die nur bedauerten, daß sich dieses günstige Zeichen zunächst nur im Osten bemerkbar machte, während die Machthaber im Westen das Schicksal der Massen nach dem Abschluß eines Verständigungsfriedens leider noch mit Gewalt niederhalten können. Das letztere würde ihnen freilich bedeutend erschwert werden, wenn es im Osten wirklich zum Abschluß eines Friedens käme. Diese Tatsache würde in Frankreich, Italien und selbst in England eine tiefere Wirkung auslösen als die Faktoren, die bisher bereits auf die Stimmung in den Ländern der Westmächte deprimierend gewirkt haben. Ein allgemeiner Friede, den wir Sozialisten grundsätzlich und baldigst wünschen, ist zurzeit noch nicht zu haben. Das hat die letzte Rede Lond Georges deutlich bewiesen. Der Abschluß eines Verständigungsfriedens im Osten würde den Freunden eines Verständigungsfriedens in den Westländern in ihrem Kampfe gegen die annexionsistischen Kriegsbeher dort die beste Waffe liefern.

Aber so wichtig es wäre, daß wir, nachdem Mars seit so langer Zeit die Stunde regiert, eine Friedensstatue erleben, die für einen baldigen allgemeinen Frieden weiterwirken würde, bei unserer Forderung auf Abschluß eines Verständigungsfriedens zwischen den Mittelmächten und Rußland, trennen noch andere Gesichtspunkte von größter Bedeutung in Frage. Rußland und Deutschland sind ihrer geographischen Lage nach auch in Zukunft beizunehmen sich wirtschaftlich zu ergänzen. Rußland wird sich dank seiner Naturgüte auch nach diesem Kriege sicher wirtschaftlich in nicht zu ferner Zeit wieder erholen. Die wirtschaftlichen Tatsachen werden in Rußland dahin wirken, daß dieses Reich nicht zerfällt. Wenn sich auch einzelne Randvölker, wie die früher schon losgerissen mit Rußland verbundenen Finnen, politisch völlig unabhängig machen, was auch die Polen nach eigenem Wunsch und im Einverständnis mit Rußland ihr eigenes Staatswesen wieder aufrichten sollten, so sind ohne Zweifel die Großrussen und die Ukrainer auf Grund einer langen gemeinsamen Geschichte- und Volkswirtschaft so ineinander angewiesen, daß sie sich nicht ganz trennen können, wobei ganz dahingestellt bleiben mag, ob in dem zukünftigen Rußland die früheren großrussischen Eroberer oder die kapitalistisch kräftig entwickelten Ukrainer mehr die Führung übernehmen werden. Jedenfalls ist die starke Los-von-Rußland-Bewegung in der Ukraine wirklich nicht da, mögen die deutschen Anhänger verheerender Annexionen noch so sehr von solchen angeblieben Plänen der Ukrainer schwärmen.

Rußland wird zunächst noch vorwiegend Agrarstaat bleiben. Wenn es nicht der Gegenrevolution anheimfällt — und das letztere würde nur wahrscheinlich sein, wenn ihm der Frieden noch lange vorenthalten bliebe — so wird es vermutlich nach dem Frieden ein republikanischer Staatenbund werden, dessen Politik in erster Linie von den Bauernmassen bestimmt werden wird, in dem aber auch die Arbeitermassen sich starke Geltung zu verschaffen wissen werden.

In Anbetracht der ökonomischen Struktur Rußlands ist nicht anzunehmen, daß die Bolschewiki dauernd Rußland beherrschen werden, so sehr auch anerkannt werden wird, daß sie sich ein weltgeschichtliches Verdienst dadurch erworben haben, daß sie durch ihr Hinarbeiten auf die Einstellung der Feindseligkeiten dem Frieden eine breite Gasse bahnen halfen. Der Frieden, der hoffentlich bald mit der sich nicht zu sehr auf den Willen der russischen Armee stützenden Regierung der russischen Volkskommission abgeschlossen werden kann, muß auch nach deutschem Interesse so beschaffen sein, daß spätere russische Regierungen seine wesentlichen Bestandteile erhalten, wenn sie eine den dauernden Weltfrieden sichernde Politik zu treiben gewillt sind. Der Frieden, der mit Rußland geschlossen werden soll, hat die größte Bedeutung für die Bildung der öffentlichen Meinung in dem künftigen russischen Reiche. Auch in dem künftigen Rußland werden die Imperialisten nicht ausgestorben sein. Die Miljutows und Guttschikows werden dort wieder Propaganda zu treiben suchen und unter Zustimmung chauvinistischer Agitation besonders auch unter den zahlreichen russischen Analphabeten sich auch der Zahl nach eine größere Anhängerzahl zu verschaffen suchen. Solches Treiben würde den

russischen Reaktionen erleichtert werden, wenn der zu schließende Frieden für Rußland schmerzende Wunden hinterläßt, an denen Pseudopatrioten fortwährend rühren könnten.

Und solche Wunden würden selbst jene Kreise schmerzen, die grundsätzlich Gegner des Krieges sind. Wie eine unter dem Zwange des Krieges erfolgende Losreißung von Kurland mit seinen für Rußland höchwichtigen Ostseehäfen auf die geistige Verfassung des künftigen Rußland einwirken würde, darüber haben die russischen Sozialisten, die im September als Delegation des Arbeiter- und Soldatenrats in Stockholm waren, keinen Zweifel gelassen. In jener Delegation waren neben dem Menschewiki, die Sozialistenrevolutionäre und die Bundisten vertreten. Und wer zweifelt an Ernstem daran, daß die Massen der Zeiten und Eien ebenso denken? Die Arbeit, die im künftigen Rußland die Sozialisten aller Fraktionen für einen dauerhaften Weltfrieden leisten werden, darf nicht dadurch erschwert werden, daß der jetzige Krieg mit offenen oder verheerenden Annexionen abschließt. Das müssen wir seit im Auge behalten. Unsere Kinder und Enkel hätten es in einem neuen Weltkrieg zu büßen, wenn in Rußland Revanchepolitiker eines Tages einen Friedensvertrag, der in weiten Kreisen als Schmach empfunden würde, zerreißen könnten.

Hermann Müller-Berlin.

Die Fortsetzung der Friedensverhandlungen.

Die vorgestrigen Verhandlungen in Brest-Litowsk zeichnen sich durch drei Punkte aus: Erstens durch die von tiefer Friedenssehnsucht getragene Rede des ukrainischen Staatssekretärs und durch sein Eintreten für einen allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kriegsschädigungen. Zweitens durch die Anerkennung der ukrainischen Delegation durch die russische als eine selbständige Vertretung, was nach unserer Meinung geeignet ist, auch das Verhältnis zwischen diesen beiden Machtgruppen zu einem besseren zu gestalten. Das liegt nicht nur im Interesse Rußlands, sondern auch des Friedens. Als dritten wesentlichen Punkt betrachten wir die Rede Trozkys, die in scharfsinniger Weise die Gründe Rußlands für die Verlegung des Verhandlungsortes darlegte und getrübt wurde durch das Verlangen, unter Zurückstellung berechtigter Wünsche scheinungsmäßig einen Frieden der Verständigung herbeizuführen. — Nachstehend der Verhandlungsbericht:

Brest-Litowsk, 10. Januar.

Die gestern unterbrochene Plenarsitzung wurde heute vormittag 11 Uhr unter dem Vorhitz des Staatssekretärs v. Kuhlmann fortgesetzt.

Als erster Redner führte der ukrainische Staatssekretär für Handel und Industrie Holubowitsch folgendes aus: Die durch den Krieg erschöpften gequälten Völker sehnen sich nach Frieden. In dieser Sehnsucht nach Frieden haben die Vertreter der Demokratie Groß-Rußlands, ohne Rücksicht zu nehmen auf die Angriffe seitens eines Teiles der russischen Gesellschaft und der Presse, läßt die Schützengräben der kriegführenden Mächte überschritten zu dem Zweck, nicht auf dem Schlachtfelde durch Blut und Eisen, sondern auf dem Wege eines freundschaftlichen Uebereinkommens zwischen den Völkern den für die ganze Welt erwünschtesten allgemeinen Frieden zu errichten. Nachdem mit den Friedensverhandlungen begonnen worden, und die Prinzipien des Friedens bekannt gegeben worden sind, haben sie mit Recht eine Pause von zehn Tagen eintreten lassen, um dadurch den Staaten, die bisher an den Friedensverhandlungen nicht teilnahmen, die Möglichkeit zu geben, diesen beizutreten. Unser Staat, die ukrainische Volksrepublik, deren Volk stets zum Frieden geneigt war, hat als erster auf Ihren Ruf geantwortet. Nachdem durch die 3. Universal der Ukrainischen Zentralrada vom 7./20. November ihre staatliche Stellung bestimmt worden ist, nimmt die ukrainische Volksrepublik im gegenwärtigen Augenblick ihre internationale Existenz wieder, die sie vor mehr als 250 Jahren verloren hat und tritt jetzt in vollem Umfange in die ihr auf diesem Gebiete zukommenden Rechte und in die internationalen Beziehungen ein. Auf Grund der obigen Vorstellung hält es das Generalsekretariat, die Regierung der ukrainischen Volksrepublik für richtig, auf den jetzigen Friedensverhandlungen eine selbständige Stellung einzunehmen, und hat die Ehre, den Regierungen der hier vertretenen Mächte folgende Note zu überreichen.

Die Regierung der ukrainischen Volksrepublik, das Generalsekretariat, bringt hiermit allen kriegführenden und neutralen Staaten folgendes zur Kenntnis: Mittels Universals Nr. 3 der 1. Ukrainischen Zentralrada vom 7./20. November 1917 wurde die ukrainische Volksrepublik proklamiert und durch diesen Staatsakt die völkerrechtliche Stellung der letzteren bestimmt. Die Schaffung eines föderativen Bundes aller in gegebenen Momente auf dem Territorium des ehemaligen russischen Reiches existierenden Republiken anstrebend, knüpft die ukrainische Volksrepublik durch das Generalsekretariat bis zum Zeitpunkt der Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung in Rußland sowie der Regelung der völkerrechtlichen Vertretungsfrage zwischen der ukrainischen Volksrepublik einerseits und der Bundesregierung des künftigen Staatenbundes andererseits selbständige völkerrechtliche Beziehungen an.

Das Generalsekretariat erachtet es soweit für unumgänglich, alle Staaten und Völker der Welt über das Verhalten der ukrainischen Volksrepublik gegenüber den Friedensverhandlungen, die dieser Tage in Brest-Litowsk zwischen den Vertretern des Rates der Volkskommissare einerseits und den Regierungen der gegen Rußland kriegführenden Mächte andererseits beginnen, in Kenntnis zu setzen. Unerkennbarlich daran festhalten, daß der gegenwärtige Krieg für alle Staaten, insbesondere für die arbeitenden Klassen jedes Staates, das schwerste Uebel bedeutet, daß alle kriegführenden Staaten etwaigen Eroberungsabsichten entsagen und die Friedensverhandlungen unverzüglich einleiten sollten, hat die ukrainische Zentralrada, das Parlament der ukrainischen Republik, es für unumgänglich befunden, gleich nach der Verkündung der ukrainischen Republik eine aktive Position in der Friedensfrage einzunehmen. Die ukrainische Zentralrada hat also, nachdem sie in ihrem dritten Universal die Notwendigkeit eines unverzüglichen Friedensschlusses verkündet, es für unumgänglich erachtet, die Schließung eines Waffenstillstandes zu erstreben. Zu diesem Zweck wurden Vertreter des Generalsekretariats an der Südwestfront sowie an der rumänischen Front, die gegenwärtig zu einer einzigen ukrainischen Volksrepublik vereinigt sind, geschickt. Gleichzeitig hat die ukrainische Zentralrada das Generalsekretariat beauftragt, die verhandelnden Mächte von diesen Verhandlungen in Kenntnis zu setzen, was seinerzeit durch das Generalsekretariat vollzogen wurde. In der Folge hat der Rat der Volkskommissare im Einverständnis mit den Regierungen der gegen Rußland kriegführenden Staaten die Waffenstillstandsangelegenheit an allen Fronten Rußlands in die Hand genommen und das Generalsekretariat hat seine Vertreter nach Brest-Litowsk behufs Kontrolle und Information geschickt. Hierbei erachtet es das Generalsekretariat für notwendig hervorzuheben, daß die Vertreter des Rates der Volkskommissare ungenötigt dessen, daß sie über die Inkraft der Deklaration der Regierung der Ukraine zwecks Teilnahme an den Verhandlungen in Kenntnis gesetzt worden waren, einen allgemeinen Waffenstillstand selbständig ohne jedwedes Einverständnis mit der ukrainischen Volksrepublik geschlossen haben. Gemäht, daß der Rat der Volkskommissare gemäß dem letzten Punkte der Bedingungen des allgemeinen Waffenstillstandes die Friedensverhandlungen mit den Regierungen Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens in Brest-Litowsk beginnt, erklärt das Generalsekretariat im Namen der ukrainischen Volksrepublik folgendes:

1. Die gesamte Demokratie des ukrainischen Staates strebt die Beendigung des Krieges in der ganzen Welt an, einen Frieden zwischen aller gegenwärtigen kriegführenden Staaten, einen allgemeinen Frieden;
2. Der zwischen allen Mächten zu schließende Friede muß demokratisch sein und einem jeden, aus dem letzten Volke und Staat des Volke, durch nichts beschränkte nationale Selbstbestimmungsrecht sichern;
3. Für die Ermöglichung eines wirklichen Willensausdrucks der Völker müssen entsprechende Garantien geschaffen werden;
4. Es ist demnach jedwede Annexion, d. h. jedwede gewalttätige Angliederung oder Uebergabe irgend eines Landes ohne Einverständnis seiner Bevölkerung unzulässig;
5. Ebenso unzulässig ist vom Standpunkt der Interessen der arbeitenden Klassen jedwede Kriegsschädigung, welche Form auch immer ihr beigegeben würde;
6. Den kleinen Völkern und Staaten, die infolge des Krieges beträchtlichen Schaden oder Verwüstungen erlitten haben, muß gemäß den Regeln, die auf den Friedensbedingungen ausgearbeitet werden müssen, eine materielle Hilfe erwiesen werden;
7. Die ukrainische Volksrepublik, die gegenwärtig an ihrem Territorium die ukrainische Front besetzt hält und in den völkerrechtlichen Angelegenheiten, vertreten durch ihre Regierung, welcher der Saug der ukrainischen Volksinteressen obliegt, selbständig auftritt, muß gleich den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilnehmen können;
8. Die Macht des Rates der Volkskommissare erstreckt sich nicht auf ganz Rußland, demnach auch nicht auf die ukrainische Volksrepublik. Es kann daher der aus Verhandlungen mit den gegen Rußland kriegführenden Mächten eventuell resultierende Friede für die Ukraine nur dann verpflichtend werden, wenn die Bedingungen dieses Friedens durch die Regierung der ukrainischen Volksrepublik angenommen und unterzeichnet werden;
9. Im Namen des gesamten Rußlands kann nur diejenige Regierung, und zwar ausschließlich eine Bundesregierung Frieden schließen, die von allen Republiken und staatlich organisierten Gebieten Rußlands anerkannt sein würde. Wenn aber eine solche Regierung in nächster Zeit nicht gebildet werden könnte, so kann diesen Frieden nur eine geeinigte Vertretung jener Republiken und Gebiete schließen.

An dem Prinzip eines demokratischen Friedens unerlässlich festhaltend, strebt das Generalsekretariat gleichzeitig eine mögliche rasche Herbeiführung dieses allgemeinen Friedens an, und legt großes Gewicht allen Versuchen bei, die seine Verwirklichung näherbringen können. Das Generalsekretariat hält es daher für unumgänglich, seine Vertretung auf der Konferenz in Brest-Litowsk zu befestigen, indem es gleichzeitig hofft, daß die endgültige Lösung der Friedensangelegenheit auf einem internationalen Kongress erfolgen wird, zu dessen Bezeichnung die Regierung der ukrainischen Volksrepublik alle kriegführenden auffordert.

Der Präsident des Generalsekretariats

Winnitschenko.

Der Staatssekretär für Internationale Angelegenheiten

Schulgina.

In Erwiderung auf die Ausführungen des ukrainischen Staatssekretärs Holubowitsch erklärt der Vorkonferenz-

Staatssekretär von Kuhlmann:

Meine Herren! Wir nahmen von den Ausführungen des Vorsitzenden der ukrainischen Delegation und von dem Inhalt

Die elsaß-lothringische Frage.

Der Bezirkstag für Unterelsaß ist Dienstag zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten, um die laufenden Kriegsaufgaben zu erledigen. Vor Eintritt in die Sitzung begrüßte der Alterspräsident North, ein Altelsässer, die aus allgemeiner und geheimer Wahl hervorgegangenen Abgeordneten und feierte die langsam sich entwickelnde Parlamentarisierung im Reich und die Friedensresolution des Reichstages, die namentlich in Elsaß-Lothringen richtig gewürdigt wurde.

Der Präsident des Bezirkstages, der seinerzeit anlässlich der Zabernsaffäre mit dem Gesamtministerium Jörn von Saldern-Mandel-Petry entlassene Unterstaatssekretär Dr. Petru, ebenfalls ein Altelsässer, nahm hierauf das Wort, um folgendes, auch über die Grenzen des Landes westwärts hinaus, zu erklären:

Wenn im Westen und Südwesten noch die Kriegsfurie die Stunde regiert, so sind einzig und allein die Völker der heutigen Entente daran Schuld, die in namenloser Verblendung zuließen, daß ihre Babauge spielenden Machthaber vor einem Jahre unser Friedensangebot mit Spott und Hohn beantworteten, und daß sie seitdem alle friedlichen Regungen im eigenen Lande gewaltsam unterdrückten. Werden die verhängnisvollen Kräfte, die in den Ententeländern immer noch am Werke sind, es fertig bringen, daß unsere abermals erklingene Friedensstimme und der Mahnruf aus Petersburg ungehört verhallen? Die nächsten Tage, vielleicht die nächsten Stunden werden uns die Antwort auf diese Frage bringen.

Seit Kriegsbeginn wissen wir, warum die Blüte der Nation in diesem gigantischen Völkerringen blüht, nämlich deshalb, weil unsere Feinde durch eine seit der Einkreisungspolitik systematisch vorbereiteten gemeinsamen Angriffs uns zur Verteidigung unserer nationalen und wirtschaftlichen Existenz das Schwert in die Hand drückten. Nach den bereits früher in stets wachsendem Umfange zutage geförderten urkundlichen Beweisen der Schuld der Ententemächte am Weltkrieg hat der Sukomlinowprozeß wie mit einem Scheinwerfer das Vorpiel der großen Tragödie beleuchtet und auch dem vorliegenden Zusammentreffen offenbart, daß die gewissenlose Umkehrung des wissenschaftlichen Fahren, die sich durch die französische und die englische Rüstversicherung gedeckt fühlte, die Lunte an das Pulverfaß legte.

Im Laufe der letztverflorbenen drei Jahre haben wir auch erfahren, wo für wir kämpfen. Die offiziellen und offiziellen Organe unserer Feinde haben uns oft genug darauf hingewiesen. Restlos aber enthüllt wurden ihre Eroberungspläne durch die authentischen Geheimdokumente, welche die jetzige russische Regierung freimütig veröffentlichte: außer der Lahmlegung unserer wirtschaftlichen Kraft und der Vernichtung unseres Außenhandels, die Trennung des ganzen linksrheinischen Gebietes von Deutschen Reiche, dazu die Fertigstellung der Denaumonarchie, die Herrschaft über Kleinasien, das sind die wahnwitzigen Ziele, die unsere westlichen Feinde sich gestellt haben und die sie bis auf den heutigen Tag noch nicht aufgegeben zu haben scheinen.

In der Presse aller Länder begegnet man vielfach dem Gedanken, daß der Hauptkern des Antosches auf dem Wege zum Völkerringen unter liebes Feindtum ist. Nach den Auslassungen der maßgebenden Stellen in Frankreich mag es damit wohl seine Richtigkeit haben. Auch vom Kanal herüber vernehmen wir dieselben Töne, welche die kaum verdeckte Absicht verraten, den französischen Kriegswillen immer wieder aufs neue anzufeuern. Demgegenüber kann man nicht oft genug wiederholen, daß es für uns in Deutschland keine elsaß-lothringische Frage im

internationalen Sinne gibt und geben kann. Ich glaube mich gewiß, meine Herren, zum Dolmetzer Ihrer einmütigen Stimmung zu machen, wenn ich hier, am Fuße des Straßburger Münsters, erkläre, daß es ein Verbrechen an der Menschheit ist, das Mutterreihen um einen einzigen Tag zu verlängern, um dieses deutsche Land von seinem alten Mutterboden loszureißen zu wollen.

Deutschland und Frankreich im edlen Wettstreite zu fruchtbarer Friedensarbeit vereinigt! Das war ein Ideal, das vielen deutschen Patrioten, nicht zum mindesten hier in der Westmark des Reiches vorzukleben. Letzter hat Frankreich an Stelle dieses Zukunftsbildes eine ganz anders geartete Wirklichkeit treten lassen und unter der Hypothese des Kernanhebendens, immer wieder Hand zurückergriffen, die ihm von deutscher Seite geboten wurde. In den Tafeln der Weltgeschichte stehen wunderliche Wandlungen eingegraben. Jahrhundertlang war in Frankreich England der Erbfeind; und jetzt ist mit demselben England Frankreich auf das engste befreundet, ja, es hat sich in allen internationalen Fragen ganz unter seinen Einfluß gestellt! Es braucht daher die Heilmittel nicht aufgegeben zu werden, daß die Zukunft eine andere große Wandlung bringen wird, daß der Geist eines Jules Ferry und eines Naures inmitten des französischen Volkes wieder emporsteigen und ihm auf dem Wege zu einer lokalen Verständigung und einem dauerhaften Frieden mit Deutschland voranzuleuchten wird. Am guten Willen des deutschen Volkes wird es gewiß nicht fehlen, daß dieses schöne Ziel, wenn nicht von uns, so doch von einem späteren Geschlechte zum Segen der Menschheit erreicht wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Jordan v. Kröcher gestorben.

Der preussische Landtagsabgeordnete und frühere Präsident des Dreiklasserparlamentes Jordan v. Kröcher ist in der Nacht zum Donnerstag auf seinem Gut Binzelberg, Kreis Gardelegen gestorben. Er vertrat im Abgeordnetenhaus den altmärkischen Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen. Kröcher war ein Junker von echtem Schrot und Korn!

Die preussische Wahlrechtsreform im Ausschuss.

Der Ausschuss für Wahlrechtsreform trat im Abgeordnetenhaus zusammen. Nach den einleitenden Ausführungen des Berichterstatters tabelt ein Konjunktiver, daß die Vorlagen nicht durch das Mandatgesetz verbunden sind. Ein Fortschrittler sprach sich gegen die allgemeine Besprechung aus. Seine Partei behalte sich die Stellungnahme für jede einzelne Vorlage vor. Ein Freikonservativer wünschte Auskunft über die Haltung der Regierung zum Städterecht. Ein radikales Landtagswahlrecht müsse mit Notwendigkeit auch ein radikales Gemeindevahlrecht nach sich ziehen.

In Fortsetzung der Beratung über die Wahlrechtsreform im Ausschuss des Abgeordnetenhauses erklärte der Vizepräsident des Staatsministeriums, auch die Staatsregierung betrachte die Gesetzentwürfe als einheitlich und insbesondere würden die Vorlagen, betreffend die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und über die Zusammenlegung des Herrenhauses einheitlich in Kraft gesetzt werden. Der Minister des Innern erklärte: Zweifellos hat das Landtagswahlrecht eine Rückwirkung auf das Städtewahlrecht. Positives könne man aber noch nicht darüber sagen. Ein national-liberaler Abgeordneter regte an, die Herrenhausvorlage zuerst zu behandeln. Ein Freikonserwativer und Konjunktiver widersprachen dieser Anregung. Letzterer wies aus der Geschichte Athens nach, daß das alte Wahlrecht, das aus einer Aristokratie hervorgegangen sei, zum Untergang des Landes führe. Zu erörtern sei die Einführung der Wahlpflicht. Der Vize-

präsident des Staatsministeriums erwiderte, die Lehren des klassischen Altertums seien auf unsere Verhältnisse nicht anwendbar. Wir hätten mit einer gefunden, ausstrebenden Arbeiterklasse zu rechnen. Der Minister des Innern äußerte Bedenken gegen die Wahlpflicht. Es sei schwierig und möglich, die Wahlpflicht vor den Strafrichter zu schleifen, zumal die Feststellung der Entschuldigungsgründe nicht einfach sei. Doch werde sich über diese Sache reden lassen. Der Vizepräsident des Staatsministeriums widersprach dem Gedanken, ein Mandatgesetz zu schaffen. Das Gemeindevahlrecht könne in der gegenwärtigen Fassung nicht aufrecht erhalten werden, es sei eine Abstufung nötig. — Nächste Sitzung Sonntagabend.

Die Nachwahl in Baunzen.

Am Freitag ist im 3. sächsischen Reichstagswahlkreise die Entscheidung gefallen, eine der wichtigsten, die in dieser hochpolitischen Zeit vorzunehmen sind. Nach der „Kreuzzeitung“ soll diese Wahl eine Probe auf den Verständigungsfrieden sein. Dabei hat sich das konservative Blatt offenbar von dem Gedanken leiten lassen, daß der Baunzener Kreis seither immer noch vergeblich von der Sozialdemokratie bestürmt worden, obwohl er noch vorwiegend agrarisch ist. Unter solchen Umständen glaubte man wohl einen leichten Sieg der Kriegstreiber ermöglichen zu können.

Unsere Genossen sind jedoch auf dem Posten gewesen. Wohl in den meisten Orten des Kreises sind sie in Versammlungen zum Wort gekommen und überdies ist durch Flugblätter für Aufklärung gesorgt worden. Die Konjunktoren trieben eine Agitation, die hart an die Wahlsieger von 1897 erinnerte. Sie schätzten den Bauern in Versammlungen vor, die Sozialdemokraten wollten ihnen ihre Äcker zum Teil wegnehmen und dem Mittelstand sein Vermögen. In ihren Versammlungen suchten die Reaktionsäre die Debatte nach Möglichkeit zu verhindern, was aber nicht immer gelungen ist. Nachdem die Deutsch-Völkischen ihre Kandidatur zurückgezogen hatten, bewarben sich jetzt noch Dr. Herrmann (Kons.), Pudor (Fortsch.) und Uhlir (Soz.) um das Mandat. Bei der letzten Hauptwahl entfielen auf Gräfe 13 354, auf den Fortschrittler 7889 und auf den Sozialdemokraten 11 412 Stimmen. In der Stichwahl wurde Gräfe mit 17 430 gegen 15 092 sozialdemokratische Stimmen gewählt.

Nach den bisher vorliegenden Zahlen erhielten gestern Dr. Herrmann 6957, Genosse Uhlir 6418 und Pudor 3225 Stimmen. Es muß also eine Stichwahl zwischen dem Konjunktiven und unserem Genossen stattfinden. Die Fortschrittler geben den Ausschlag.

Wie die „Waterlandspartei“ Telegrammfabrikation injeniert wird.

Die „Waterlandspartei“ plant, durch einen Ansturm von Eingaben aller Art an die leitenden Persönlichkeiten der Politik und der Armeestimmung gegen einen Verständigungsfrieden zu machen. Folgendes Schreiben ist an zahlreiche Mitglieder der „Waterlandspartei“ verandt worden:

„Hochgeehrter Herr!

Der Scheidemann-Erbebergerische Verzichtfriede droht unmittellbar. Es ist daher nicht Zeit, erst Versammlungen abzuhalten. Es ist schließlich sogar wirksam, wenn von möglichst viel einzelnen Stellen aus vorgegangen wird.

Ich richte daher auch an Sie die freundliche Bitte, unverzüglich schriftliche oder druckliche Eingaben an den Kaiser, den König von Sachsen, an den Kronprinzen und an Hindenburg zu richten, des Inhalts, daß in der höchsten Not und Gefahr der Ruf an Sie ergeht, unser Volk vor dem Unheil und der Schmach eines Verzichtfriedens zu retten. Dabei wird es zweckmäßig sein, daß dieser ungefähre Inhalt nicht wörtlich so ausgebrütet wird, damit nicht der Eindruck einseitiger Sentimentalität als Angehörige der D. B. P. bekennen, sondern legen, daß sie im Namen angegriffener Mitbürger handeln, deren Sorgen und Verzweiflung sie Ausdruck verleihen, daß Ludendorff bleiben und Kühlmann gehen muß. Hier kann und soll jeder einzelne vorgehen, indem er für sich allein oder wenn möglich gemeinsam mit zwei oder drei anderen Personen

Die Rheider Burg.

Erzählung von Leoni Schädling

18. Fortsetzung.

„Ja?“ frante Richard verwundert. „Und das haben Sie nicht gegahrt?“ Richard nickte die Achseln.

„Sie hatte außerordentlich zünftige Absichten für Sie,“ fuhr der Polizeibeamte fort. „Sie wollte Ihnen die ganze Verwaltung ihres Vermögens übergeben. . . ich glaube, sie sah in Ihnen das künftige Faktotum ihres ganzen Lebens!“

Da Ermanns bei dieser Mitteilung spöttisch auflechte, so blickten ihn Richard und Sibylle mit großer Verwunderung an; Ritterhausen aber fiel mit seinem ganzen Ernst ein: „Wenn sie so gute Absichten hatte, diese arme Gräfin, so wollen wir nicht darüber spotten, daß dieselben schlußlugen. Wir wollen lieber darauf zurückkommen, daß die Gräfin doch einen guten Handel machte, indem sie einen Besitz losließ, der ihr wenig einbrachte und sehr viel Kosten gemacht hätte; denn wer kauft, er könne sich hier bequem niederlassen und sein Tagewerk werde darin bestehen, daß er die von allen Aedern, Weizen und Wäldern zuströmenden Einkünfte eintrahete, der irtt ganz gewaltig. Es wird Geld, Mühe, Sorge genug kosten, bis die Rheider Burg in dem Zustande ist, daß sie wieder namhafte Einkünfte abwirft. Es gehört ein ganzer Mann dazu, der eine volle Arbeitskraft, Ausdauer und einen guten Verstand von solchen Angelegenheiten mitbringt. Und so, meine ich, haben sich die Dinge ganz vortrefflich gefügt, daß mein teurer Sohn Richard für einige Jahre übers Weltmeer gegangen und von den Wellen des Lebens gleichsam an einen ganz fremden Strand geworfen ist, um da sich umzusehen und zu lernen, wie ein Mann seine Arme gebraucht. Denn wenn es Ihnen da drüben auch nicht gelungen ist, das Haus Ihrer Väter wiederzuerobern, hier werden Sie noch immer Gelegenheit haben, es sich im rechten und besten Sinne neu zu erobern. Und was Sie drüben lernten, wird Ihnen dabei verdammt gut zusetzen kommen, Richard!“

„Ich hoffe es,“ entgegnete Richard. „Hier hätten Sie es nicht gekannt,“ fuhr Ritterhausen fort. „Sie lebten hier befangen von einer gewissen überleserten Art und Weise, solch ein Gut zu bewirtschaften und mit dieser Art und Weise wären Sie keinesfalls lange fortgekommen. Ein bebender Besitz wird nur erhalten durch dieselben Mittel, wodurch er erlangt wird. Es ist nicht zu leugnen, daß solche Besitztungen wie diese in alten Zeiten von den Vorfahren meist durch große Anstrengungen, kluge Benutzung der Umstände und große Sparfamkeit errungen sind. Wenn nachfolgende Geschlechter dies aus den Augen lassen und vergessen, daß uns Menschenkinder nichts im Schlafe geschenkt wird, sondern daß wir für die Güter des Lebens unsere Lebenskräfte einzusetzen haben, so kommt eine Zeit, wo legendeln erster Entel dafür büßen und alles aufheben muß, um nicht den Untergang über das hereinbrechen zu lassen, was einst groß und glänzend war.“

„Da haben Sie sehr recht,“ fiel hier Richard ein, „nur in dem kann ich Ihnen nicht beistimmen, daß Sie diesen Entel arm nennen. Wenn es ihm gelingt, zu behaupten, was ihm bestritten wird, wenn er wie ein tapferer Ritter den Angriff und Sturm der Widerwärtigkeiten und Gefahren auf seine Mauern abschlägt, so ist er jedenfalls um seines Bewußtseins willen mehr zu beneiden als der, welcher in ewigem Frieden ohne Verdienst seine Tage verflummet.“

„Richtig,“ versetzte Ritterhausen, „und um solche Art Ritterchaft zu erlernen, mag just Ihr Amerika das rechte Land sein, obwohl es sonst von allem Ritterwesen wenig hält und wenig wissen will.“

„Und so wäre es denn eine Art von Waffenwache gewesen,“ bemerkte hier Sibylle, „eine Waffenwache, um den Ritterflag zu erhalten, wenn Richard in den Urwäldern sich ein Stachhaus baute, hundertjährige Stämme austrodete und Reis und Weizen säete.“

„Gewiß,“ sagte der Hammerbesitzer, „wenn er jetzt den alten Besitz seiner Familie neu antritt und neu in Blüte zu bringen sucht, wird er erfahren, wie vortrefflich diese Vorhute für ihn war.“

„Und,“ fiel hier Sibylle ein, „soll man da nun nicht glauben, daß es die Vorhute war, welche ihn in eine Schule sandte, deren er bedürftig?“

Richard zog bei diesen Worten zärtlich seine Braut an sich und blickte ihr gerührt lächelnd in das feuchte Auge — Ritterhausen aber erwiderte nicht: „Du hast wenigstens einen Grund, es nicht zu glauben, mein Kind — um so mehr, da man auch etwas Providentielles darin sehen könnte, daß Richard seine Farmerlehrejahre in der Nähe eines so Wackelheit herausfordernden Stammes von Rothhäuten durchmachen mußte.“

Ritterhausen blickte bei diesen Worten sehr festlich auf seinen Nachbar, Monsieur Ermanns. „Ich sehe, daß sich darunter eine kleine Bosheit gegen mich verbirgt,“ sagte der Polizeibeamte, „aber auf Ehre, ich habe keine Ahnung, was es sein kann!“

„Nun, ich bin weit entfernt,“ versetzte der Hammerbesitzer, „die lebenswürdige Nation, welcher Sie sich angegeschlossen haben und die durch ihre ausgezeichnete Zivilisation uns arme Deutsche so weit übertrifft, mit den Indianern zu vergleichen; aber ich bin doch der Ansicht, wenn Sie es nicht übel denken werden, daß Sie doch so ungefähr wie raubwichtige Wilde über uns gekommen ist, weil wir eben nicht wachsam und auf der Hut waren; daß zwischen uns und ihnen kein Friede sein wird, so wenig wie zwischen Rothhäuten und Weißen und daß wir eines schönen Tages wieder mit ihnen einen hübschen Strauß bekommen werden, wo es einem deutschen Manne von Nutzen sein wird, wenn er gelernt hat, mit Büsche und Messer sein Haus und seinen Herd wider Räuber und Wilde zu verteidigen!“

„Still, still,“ rief hier Ermanns aus, „ich darf solche ethnographische Betrachtungen nicht anhören, mein Herr Ritterhausen — lassen Sie uns lieber in Frieden jetzt den Festtag auf unser vortreffliches junges Paar ausbringen!“

Während so die Herrschaft oben in den Räumen der Rheider Burg sich unterhielt, da der Ernst dessen, was alle in der jüngsten Zeit erfahren, doch zu groß war, um eine übergehende Heiterkeit aufkommen zu lassen, bald dazu überging, Richard zum Ergrübel seiner transatlantischen Erfahrungen aufzufordern — währenddessen waren unten in Claus Fetzjünkers braungehäuteter Stube Berend der Spielmann, der Lügenhüter Mathias von Hebborn und der Hausmeister nebst einigen der Hammergesellen um den runden Tisch versammelt, der in der Mitte stand und von den Flammen des brennenden Kamins so milderlich beleuchtet wurde, wie es ein Liebhaber greller Nachtstücke nur wünschen konnte. Der Schein des Feuers spiegelte sich in den runden Säulen einiger umfangreichen Krüge und heller Deckelgläser, welche Claus Fetzjünker nicht säumig war, aus einem kleinen Faß voll vortrefflichen Bieres zu füllen, das im Hintergrunde auf zwei zusammengeschobenen Stühlen ruhte; und da des Hausmeisters nicht gewöhnliche Geschäftigkeit im Herstellen schmackhafter Pfannkuchen und anderer einfacher und landesüblicher, aber sehr nahrhafter Gerichte sich heute in vollem Maße betätigt hatte, so fehlte dem Kreise dieser wackeren Männer nichts, um sie in den Zustand einer Heiterkeit zu versetzen, auf welche bei Berend und Mathias selbst die noch sehr frische Erinnerung an das Düsseldorfser Polizeigericht keinen trüben Schatten werfen konnte. Die Worte flogen hinüber und herüber und es war, als ob sie über dem Tische sich begegneten und einander anprallten wie lustig aufeinandergeschlagene metallene Becken; es war in der Tat ein Lärm, wie ihn nur eine tolle Bekehrung jemals hervorbrachte. Jeder erzählte, was er jüngst erlebt und was sein Anteil gewesen an den merkwürdigen Geschehnissen der letzten Tage. Heinrich, der wackerer Hammergesell, war reich an Vermündungen des satirischen Franzosen, den er den hinterlistigsten, heimtückischsten aller Sterblichen nannte, dieses Polizeisten, welcher ihn auf eine unehrliche und teuflische Weise zum Zeugen wider seine eigene Herrschaft gepreht hatte; auch bezogte er eine mit den Quantitäten Flüssigkeit, die er zu sich nahm, wachsende Lust, diesem verräterischen Menschen auf seinem Heimwege aufzulauern und ihn die ganze schreckbare Wucht bergiger Hammerhämmerstöße fühlen zu lassen. Mathias von Hebborn unterhielt die Gesellschaft von einigen höchst fabelhaften Ereignissen, welche dem jungen Herrn von Sudarde in den Urwäldern Amerikas begegnet sein sollten, wie er aus dessen eigenem Munde vernommen haben wollte, und suchte die fasslichen Vorstellungen Claus Fetzjünkers über die wilde Kultur einiger Indianerstämme zu belehren, von denen er behauptet, daß sie mit Vorkleide ihre eigenen Großeltern in einer Sauce von Krotzohlrut und Seebundstran äßen; sowie ferner, daß nichts über die Selbstmord ihrer Hochzeitsgebäude gehe, welche darin bestünden, daß der Brautigam die hässlichen Köhlen des Feuers verschlakte, auf welchem die Braut ihn das erste Suppeltin gefocht habe. Har Berend der Spielmann sah ziemlich schmerzhaft mit diesem klaren Kopf und den wasserblauen Augen zwischen den zerbrochen und erlöchten Gesichtern der Männer, bis der Lügenhüter begann ihn zu weden.

(Fortsetzung folgt.)

an die drei bezeichneten Stellen richtet. Jeder muß sich vor Augen halten: was auch geschieht, muß schnellstens geschehen, für diesen Gesichtspunkte aus verdienstlichen dringlichen Eingaben den Vorrang. Ein Trammellieren von Eingaben muß entzünden.

Mit deutschem Gruß!

Wenn in diesen Tagen nach obigem Rezept gemachte Telegramme abgefaßt werden, wird man sich nicht zu wundern haben, auch nicht darüber, wenn die Telegrammfabrikanten sich erdreisten, als im Namen größerer Bevölkerungsteile zu reden. Die „Deutsche Vaterlandspartei“ muß aber, meint das „Berliner Tageblatt“, die Deffektivität und die leitenden Stellen für sehr einseitig halten, wenn sie annimmt, daß der während des Krieges von den alldeutschen Kreisen nun schon allzu reichlich angewandte Trick des Unterlegaphierens noch Eindruck machen könnte. Diese Mittel verlangen nicht mehr. Immerhin gewährt das Schreiben einen interessanten Einblick in die — unpolitische Tätigkeit der „Vaterlandspartei“.

Das überlebt das Zentrum nicht.

Der Reichs- und Landtagsabgeordnete Marx vom Zentrum hat sich in Münster in einer großen Versammlung der westfälischen Zentrumspartei in einer sehr bemerkenswerten Weise über die Haltung seiner Partei zur preussischen Wahlrechtsfrage geäußert. Er erklärte, das Zentrum sei bereit, mit allen Parteien auf dem Boden der Verfassung und der staatlichen Ordnung zusammenzuarbeiten; Voraussetzung sei aber, daß die anderen Parteien ihre kirchenfeindlichen Gedanken beiseite lassen. Das Dreiklassenwahlrecht in Preußen sei endgültig tot. Er gestehe ein, daß sich das Zentrum in seiner Haltung zum gleichen Wahlrecht in einer schweren Krise befinde; es müsse aber unbedingt das gleiche Wahlrecht Gesetz werden lassen und seine Tätigkeit darauf beschränken, daß aus den Kommissionsberatungen etwas Gutes herauskomme. Das Zentrum habe seit vierzig Jahren das gleiche Wahlrecht zu einer seiner Hauptforderungen gemacht und könne heute diesen seinen Grundsatze nicht verleugnen, ebenso wie die Regierung durch das Wort des Königs feststeht. Werde das gleiche Wahlrecht nicht angenommen, so komme die Auflösung des Abgeordnetenhauses und danach ein Wahlkampf, den mitzumachen er sich nicht hat genug fühle. Dann würde erst recht eine radikale Richtung Platz greifen. Was die Sorge um Kirche und Schule angehe, so werde die Gefahr nicht abgemindert durch eine Ablehnung des gleichen Wahlrechtes, sondern sie werde größer. Marx fuhr dann fort: „Die Zentrumspartei ist verurteilt, wenn sie das gleiche Wahlrecht ablehnt; sie würde es nicht überleben, wenn sie ihre alte Forderung nun selber verweigern würde.“

Man wird diese Feststellungen des Herrn Marx bei den kommenden parlamentarischen Kämpfen um die Wahlrechtsvorlage gut festhalten müssen; sie bedeuten eine klare Abkehr von der bisher im Dreiklassenbunde beliebten Taktik des Zentrums.

Zur einheitliche Verwaltung in Thüringen.

Im Weiminger Landtag wurde am Mittwoch ein von allen Abgeordneten unterzeichneter Antrag eingebracht, der die Regierung auffordert, mit den Thüringer Abgeordneten sich zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Verwaltung und Gesetzgebung für ganz Thüringen in Verbindung zu setzen und Landtagsabgeordnete an diesen Beratungen hinzuziehen. Ferner wurde nach einem längeren Referat unseres Genossen Knauer ein Gesetz, das die Rahmungsauflicht in besserer Weise als bisher regelt, vom Landtag angenommen.

Dänemark.

Die Arbeitslosigkeit hat hier einen verhältnismäßig Umfang angenommen. Am Mittwoch waren in Kopenhagen gegen 10 000 Arbeiter vor den Reichstag; eine Deputation forderte vom Präsidenten des Reichstages die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Arbeitslosigkeit und umgehende Beratung des Gesetzes zur Unterstützung Arbeitsloser.

Aus dem Hilfsdienstauschuß.

Am Donnerstag tagte der Hilfsdienstauschuß, um eine Reihe Eingaben zu erledigen. Ein Hilfsdienstauschützer, der zur Überwachung einer Stellung nach Belgien entsandt ist, wurde dort gefangen und trotz seines körperlichen Zustandes mißhandelt als arbeitsunfähig erklärt. Darüber hat sich der Auschuß mit dem Reichsausschuß auseinandergesetzt. Es wurde festgestellt, daß die Aussetzung der belgischen Arbeiter in den Kriegszustand eine Verletzung der Neutralitätsgesetze darstellt, die nicht einmal eine Ausnahme zulassen können. Hier besteht die Gefahr, daß man auf diese Weise verfahren, die Bezahlung des Soldaten als Hilfsdienstauschützer zu erheben. — Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, die Eingabe dem Kriegsausschuß zur Entscheidung zu überreichen. In einer lebhaften Aussprache führte die Entscheidung von Mitgliedern der Hilfsdienstauschützer. Der einseitige Entschluß des Reichsausschusses wurde erklärt, daß bei solchen Entscheidungen nur militärische Gründe maßgebend sein könnten, während bei der Hilfsdienstauschützer nicht militärische, sondern politische Gründe maßgebend sind. — Ein Referat des Reichsausschusses erklärte, daß man verlangen sollte, ob das Material beschafft werden könne. Ein Arbeiter in Kärnten führt Beschwerde darüber, daß er mit seiner Arbeitsleistung als Hilfsdienstauschützer in einer militärischen Betrieb, seine Zugehörigkeit zur Ortskrankenkasse, der er seit 30 Jahren angehört habe, verloren hat. — Ein Vertreter des Reichsausschusses sagt zu, daß Abhilfe erwohnen werden soll. Das Kriegsausschreiben in Hannover hat in einem Aufreiß Leute für die besetzten Gebiete gesucht, die vaterländische Gesinnung haben. Aus dem Hilfsdienstauschuß heraus wird betont, daß eine solche Vorbedingung nicht zulässig ist. Von Vertretern des Kriegsausschusses wird erklärt, daß dieser Ausdruck mißverstanden worden sei. Abg. Wittmann bringt einen Fall des Mißbrauchs des Hilfsdienstauschützes zur Sprache. Ein kriegswirksamer Mechaniker ist aus einer Stellung in einem kriegswichtigen Betrieb herausgerissen und dem Gutswirtschaft in Frohnau zur Arbeit überlassen worden. Der Gutswirtschaft, der nur kräftige Leute brauchen kann, lehnte die Einstellung des Mannes ab und bescheinigte ihm, daß er zu schwerer Arbeit nicht brauchbar sei. Das hatte zur Folge, daß der Mann längere Zeit keine Arbeit finden konnte. Bei der Untersuchung hat der Offizier dem Mann erklärt: „Sie haben sich hier anständig zu betragen, zwei Kreuze haben Sie schon“. Das beweise, daß hier politische Gründe maßgebend sind. General Schaub gab zu, daß der Fall richtig gehandhabt wurde und erklärte, daß dieses Vorgehen sehr mißbilligt worden sei. — Abg. Bauer schlägt sich dieser Beurteilung an, das Hilfsdienstgesetz dürfe unter keinen Umständen zu politischen Zwecken mißbraucht werden. — Der Ausschuß stimmte einstimmig zu. Abg. Bauer bekräftigt dann den Wunsch, daß eine Menge Arbeiter und Arbeiterinnen infolge Kohlenmangel in die Arbeit gezwungen werden müsse man diesen Arbeitkräften eine Entschädigung gewähren oder ihnen sofort den Arbeitschein geben. Jedenfalls dürfen die Arbeiter nicht gekündigt werden. General Schaub: Das Kriegsausschreiben hat den zuständigen Stellen bereits empfohlen, diesen Mißbrauch zu bestrafen, event. durch Zumeisung anderer Arbeit am gleichen Orte. Eine zentrale Regelung ist vorgesehen. — Abg. Gohse meint, daß in diesem Falle Kriegsstrafen vorliegen und daß infolgedessen die Gemeinden eingreifen müßten. Das Reich hätte diese Ausgaben denn zu erlegen. — Abg. Carsten (Fortf.) bringt dann lebhaft Klagen über die mangelnde Versorgung der Industrie mit Kohlen zur Sprache. — Abg. Bauer legt auseinander, daß den Arbeitern mit Gemeindefürsorge nicht gedient sei, sie legen Wert darauf, ihre Arbeitskraft zu verwerten. Bei der Regelung der Entschädigung solle man auch Vertreter der Arbeiter zuziehen. — General Schaub sagt dies zu. — Abg. Siebel äußert eingehend die völlige Unzulänglichkeit der gemeindefürsorglichen Unterbringung. Hier ist Sparmaßnahme am wenigstens am Platze. — Abg. Gohse stellt fest, daß er keineswegs zur Sparmaßnahme mahnen wolle. Die Unterbringungen müßten völlig ausreichend sein.

Merke! Kriegsnachrichten.

Verurteilte Deutsche in Amerika. Aus New York wird gemeldet: Der Angestellte Bünz und drei andere Seante der Hamburg-Amerika-Linie wurden zu Gefängnisstrafen von 12 bis 18 Monaten verurteilt wegen Vergehens gegen das Zollgesetz, weil sie Barabte an deutsche Kreuzer lieferten.

Der Aufstand in Portugal. „Temps“ gibt zu, daß die Aufstandsbewegung in Lissabon sich gegen die Teilnahme Portugals am Kriege richtet.

Die Freiheitsbewegung der Juden. „Nauve Rotterdamse Courant“ berichtet aus englischen Quellen, daß am 28. Dezember in Kalkutta ein indischer nationaler Kongreß eröffnet wurde. Es waren 400 Abgeordnete erschienen und es herrschte große Begeisterung. Mrs. Besant, die den Kongreß eröffnete, verlangte die sofortige Annahme eines Gesetzes durch das englische Parlament, das Indien eine Selbstregierung nach australischem Muster gewährt. Mrs. Besant sagte: Indien liegt nicht länger auf den Armen, um Wohlthaten zu erbitten. Es verlange Rechte, dies sei die Freiheit, für die die Millionen kämpfen, dies sei die Demokratie und der Geist der neuen Zeit. Wenn die Freiheit der Juden nicht überhört wird. Die Millionen und insbesondere England werden nur für die Freiheit der Juden und deren Befreiung nicht für die Befreiung der anderen Völker. Die sollen weiter unter dem Joch der Sklaverei leben.

Aus der Partei.

Fernerporters letzter Wille. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ widmet dem verstorbenen Führer und Förderer der österreichischen Arbeiterbewegung, Engelbert Fernerporters, eine reichsweit gestattete Gedenksitzung. Sie teilt darin aus Fernerporters Verfügung über seinen Nachlass die folgenden Regeln mit: „Es soll bei meinem Lebensabend keine feierliche Beerdigung stattfinden. Es ist mein Wunsch, daß bei meinem Lebensabend keine feierlichen Totenfeier gehalten werden. Ich wünsche, ich solle nur folgendes drei Dinge erben: 1. Stimmrecht an das Lied der hohen Braut; 2. Die Sozialisten; 3. der Gott, der Euren wackler ließ (mit Auslassung der französischen Schimpfe).“ Ich werde im festen Glauben an die Vernunft, die Vernunft der Menschheit und an den Sieg des Sozialismus. Diese meine letzten Willen habe ich eigenhändig geschrieben und unterschrieben. Salzburg, 14. September 1912. Engelbert Fernerporters.“ Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratische Partei wird Montag zu einer Sitzung gekommen, in der Viktor Adler dem unter anderem einen eingehenden Bericht gibt. Die österreichische Partei sendete folgendes Telegramm: Wir stehen mit Euch an der Spitze Engelbert Fernerporters, des unerschütterlichen Kampfmannes des sozialistischen Proletariats. Die deutsche Sozialdemokratische Partei verliert mit Fernerporters einen der verdienstvollsten Führer, die Sozialdemokratie Deutschlands bedingt den Verlust eines großen Genossen. Für den Parteivorstand: Ebert.

Gewerkschaftsbewegung.

Spaltung in sächsischen Gewerkschaftskartellen. Die Einigung im Leipziger Gewerkschaftskartell, die schon gestiftet schien, ist wieder in die Brüche gegangen. Am 26. November 1912 wurde bekanntlich eine Vereinbarung über den Wiedereintritt der aus dem Kartell ausgeschiedenen Gewerkschaften geschlossen. Am 13. Dezember faßten diese jedoch eine Resolution, in der sie als Voraussetzung ihres Wiedereintritts den Bruch mit der Politik der Generalkommission und die Maßnahme mit allen Faktoren der Arbeiterbewegung, d. h. also der Reichstagsfraktion der Unabhängigen verlangten. Darin sah die Generalkommission einen Bruch der geschlossenen Vereinbarung und eine Unrechtfertigkeit; die Verhandlungen über Wiederaufhebung dieser Resolution führten jedoch zu keinem Ergebnis, nur einige Vertreter der ausgeschiedenen Gewerkschaften erklärten, daß sie gemäß der Vereinbarung vom 26. November handeln würden. — Auch im Gewerkschaftskartell Mügeln ist eine Spaltung ausgebrochen. Ein Teil des Kartells beschloß den Anschluß an das Pirnaer Gewerkschaftskartell, die Metallarbeiter, Banarbeiter, Transportarbeiter, Zimmerer, Brauereiarbeiter und Hüttenarbeiter schlossen sich jedoch aus wirtschaftlichen Gründen dem Gewerkschaftskartell Dresden an. Selbstverständlich liegt letzten Endes auch dieser Spaltung der Parteifreiheit zugrunde.

Aus dem Gerichtssaal.

Schieberprozeß. Vor dem Kölner Schöffengericht harrten die in Haft sitzenden Schieber Kaufmann R. S., Oberleutnant a. D. B. K., Kaufmann C. C., Ingenieur C. F. G. und Kaufmann C. M. S. kam aus Berlin, wo er Einkäufer für ein großes Wert gewesen ist, wohnte im Domhotel und trieb unehrenhaften Handel mit großen Mengen Waren aller Art: Bettlaken, Handtücher, Messer, sonstige Stoffe, für 26 000 Mk. Stiefel, 400 Zentner Sauertraut, 5 Waggons Erbsen, 1 Waggon Speck, Rauchfleisch, Würste usw. Als er sich entlarvt sah, bot er einem Postgebeamten 80 000 Mark Schweinegeld an. Der zweite und dritte Angeklagte waren Einkäufer für die Werke Humboldt und Warrer u. Co. in Kall. Die anderen Angeklagten sollen Kettenhandel getrieben haben. Mehrfach wurde, vor allem von S., die Einrede gemacht, es habe sich um sogenannte Luftkäufchen gehandelt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten S. zu drei Monaten und zwei Wochen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. In den Urteilsgründen heißt es, es habe sich um unfaulere Geschäfte und um Gewinne von einem Umfang gehandelt, wie sie in ähnlichem Maße das Gericht noch nicht bestraft hätten. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen, die beiden letzten Angeklagten wurden mit 100 Mk. bzw. 250 Mk. bestraft.

Wohnungsrühr. Die Strafkammer in Bonn verurteilte fünfzehn Gemüßhändler wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Stangenbohnen zu Geldstrafen von 200 Mk. bis 15 000 Mark, zusammen 36 700 Mk.

Mrs. Nash und Fern.

Ein Landgerichtsrat als Wilderer. Einen bösen Streich scheint die Jagdpassion einem Landgerichtsrat aus Leipzig gespielt zu haben. Er hatte seit langen Jahren ein Jagdrevier in der Nähe von Döbeln gepachtet. Der Pächter des benachbarten Reviers machte nun die Entdeckung, daß mehrere Rehe, die er in seinem Revier festgestellt hatte, nach und nach von einem Unbekannten abgejagt waren. In den letzten Tagen beobachtete ein benachbarter Jäger, daß auf dem Revier des Wärders wieder ein Reh erlegt wurde. Er benachrichtigte den Gutsbesitzer und beide stellten gemeinsam fest, daß das Reh auf das Revier des Landgerichtsrats geschafft worden sein mußte. Der Landgerichtsrat wurde zur Rede gestellt; er sah sich zu, das Reh gestohlen und auf sein Revier gebracht zu haben, doch behauptete er, die Grenzen zwischen den beiden Revieren nicht genau gekannt zu haben. Demgegenüber behauptete die ziemlich bekannnte Tatsache, daß der Taktort bereits seit längerer Zeit eingezäunt ist. Die Angelegenheit wird noch die Gerichte beschäftigen.

Ein Elefant unter Eisenbahnrädern. In Chemnitz trat am vergangenen Freitag die Braunschweigische Dierchau am Beim Entladen der Tiere auf dem Chemnitzer Bahnhofsplatz verunglückte ein großer Elefant und sofort herbeigerufene tierärztliche Hilfe war vergeblich. Das Tier war unter die Räder der Eisenbahnanlagen geraten und darauf schwer verletzt worden, daß die Wunden der unglücklichen Dierchau sich erschließen mußte, den Elefanten zu töten. Das Fleisch des Tieres, das ein Schlachtkommando von rund 60 Jägern hielt, wurde zerstückt und verkauft. Sodan es also auch in Chemnitz in den nächsten Tagen maulentierten Elefantbraten geben wird. Die Haut wird der Geberet nachgeführt werden. Der Wert des verunglückten Elefanten beläuft sich auf 8000 Mark.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)
Wo bleibt das Nahrung? Wiederholt ist in den Zeitungen bekannt gemacht worden, daß wir Nahrung erhalten sollen, bis jetzt haben wir es aber nur gelesen, erhalten jedoch noch nichts. Womit sollen wir jetzt die Schäden ausbessern, wo das Zeug nicht mehr halten will und wo doch keine Neuanfassungen machen können, weil die Preise so ungeheuer hoch sind? Ist es denn nicht genug, daß wir jetzt bei dem schlechten, nassen Wetter mit entzweiten Stiefeln laufen müssen, sollen wir nun auch noch in Lumpen gehen? Man sollte uns Arbeiterfrauen das Durchhalten doch nicht zu sehr erschweren. Ich möchte erfragen, die Familien mit Kindern bei der Verteilung von Nahrung etwas mehr zu berücksichtigen. E. St.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co.ämtlich in Vö-d

Um das noch nicht abgelesene in den Zeilen zu erhalten, ist es mit der Expedition und „Dane“ zu versehen, wenn Schutzung mit Vö-dern in der Bienen ohne es weder hiermit noch sonst zu haben. Nähere Auskunft durch das Redaktionsoffizier C. H. Köhl, Lubeck, Mühlenstraße 42. (119)

Hansa-Brauerei A.G. Lübeck. Trinkt Lübecker Vereins-Bräu.

Bavaria-Brauerei. Julius Schöber. Bierbrauerei.

Praktischer Wegweiser. Heinrich Waller. Carl Rohde. Wilhelm Kahlert.

AugustScheere. Lubecker Wurstfabrik. Emil Aland.

Kennst du vorzugsweise das gute Lübecker Bürgerbräu. Mühlenmühle, Mühlenfabrik.